S 32 R 81/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Hessisches Landessozialgericht Sozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Kategorie Urteil Bemerkung

Leistungen zur Teilhabe Deskriptoren

medizinische Rehabilitation

Übergangsgeld

Unmittelbarkeitszusammenhang

Lohnersatzfunktion

Wartezeit Belegung Reha-Klinik

1. § 20 Abs. 1 Nr. 3b SGB VI benennt zur

Bestimmuna des

Unmittelbarkeitszusammenhangs keinen ausdrücklichen zeitlichen Rahmen. Eine feste zeitliche Grenze lässt sich deshalb nicht ziehen, da der vom Gesetzgeber gewählte unbestimmte Rechtsbegriff

nicht durch ein bestimmtes

Tatbestandsmerkmal ersetzt werden kann.

2. Die Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriff "unmittelbar" hat Systematik sowie Sinn und Zweck der Gesamtregelung zu berücksichtigen.

3. Für die Bestimmung des Zeitrahmens zwischen Ende des Bezuges einer Sozialleistung und Beginn einer Rehabilitationsmaßnahme ist auf den

Zeitpunkt der Bewilligung der

Rehabilitationsmaßnahme abzustellen, denn es kann für das Entfallen eines Anspruchs auf Übergangsgeld nicht auf

ein von Versicherten nicht zu

beeinflussendes, rein zufälliges Ereignis -

hier: zur Verfügungstellung eines Klinikplatzes - abgestellt werden.

SGB IX (in der bis 31. Dezember 2017

Normenkette

Abteilung

Rechtskraft

Leitsätze

gültigen Fassung) § 45 Abs. 1 Nr. 3

SGB VI § 20 SGB VI § 21

1. Instanz

Aktenzeichen S 32 R 81/16 Datum 02.03.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 R 61/21 Datum 13.06.2023

3. Instanz

Datum -

I. Â Auf die Berufung der Klägerin wird der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Darmstadt vom 2. März 2021 sowie der Bescheid vom 30. Juli 2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 8. Februar 2016 aufgehoben und die Beklagte verurteilt, der Klägerin im Zeitraum vom 3. Juni bis 8. Juli 2015 Ã□bergangsgeld in gesetzlichem Umfang zu gewähren.

II. Â Die Beklagte hat der Klägerin die ihr entstandenen notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten in beiden RechtszÃ⅓gen zu erstatten.

III. Â Â Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand

Die Beteiligten streiten über die Gewährung von Ã□bergangsgeld während einer Leistung zur medizinischen Rehabilitation vom 3. Juni bis 8. Juli 2015.

Die 1969 geborene KlĤgerin stand bis zum 20. Februar 2013 in einem BeschĤftigungsverhĤltnis. Seit dem 30. Januar 2013 war sie arbeitsunfĤhig erkrankt und bezog seit dem 21. Februar 2013 bis zum 25. MĤrz 2014 Krankengeld.

Am 4. Februar 2014 beantragte sie Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sowie Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bei der Beklagten. Mit Bescheid vom 11. Februar 2014 bewilligte die Beklagte der KlĤgerin eine stationĤre Leistung zur medizinischen Rehabilitation, die die KlĤgerin vom 26. MĤrz bis 18. April 2014 durchführte. Von der Rehabilitationsklinik wurde ihr für die Zeit nach der Entlassung Rehabilitationssport für die Dauer von sechs Monaten verordnet, im Ã□brigen wurde sie als erwerbsfähig entlassen. Mit Bescheid vom 16. April 2014 bewilligte die Beklagte für die Zeit ab dem 26. März 2014 Ã□bergangsgeld für die Dauer der MaÃ□nahme i.H.v. 104,81 Euro kalendertäglich.

Im Anschluss an die Reha-MaÃ□nahme bezog die Klägerin ab dem 19. April 2014 bis zum 18. April 2015 Arbeitslosengeld. AnschlieÃ□end war sie vom 19. April 2015 bis 2. Juni 2015 arbeitslos gemeldet ohne Leistungsbezug. Arbeitslosengeld II wurde mangels HilfebedÃ⅓rftigkeit (Vermögen in Höhe von ca. 25.000 Euro) nicht bewilligt.

Während der Zeit des Bezuges von Arbeitslosengeld beantragte die Klägerin am 30. September 2014 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bei der Agentur für Arbeit, die diesen Antrag mit Schreiben vom 30. September 2014, eingegangen am 8. Oktober 2014, an die Beklagte weiterleitete. Diese forderte mit Schreiben vom 13. Oktober 2014 das bei der Agentur für Arbeit vorliegende ärztliche Gutachten an, das am 24. Oktober 2014 bei der Beklagten einging. Ebenfalls am 13. Oktober forderte die Beklagte die Klägerin auf, das entsprechende Formular (Anlage zum Antrag auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (Berufliche Rehabilitation)) vollständig ausgefüllt zurückzusenden. Da die Klägerin telefonisch mitteilte, diesen Vordruck nicht erhalten zu haben, übersandte die Beklagte diesen mit Schreiben vom 26. November 2014 erneut. Am 7. Januar 2015 verfügte die beratende Ã□rztin die Anforderung von ärztlichen Befundberichten, welche im Februar 2015 eingingen. Nach Auswertung dieser Unterlagen stellte der ärztliche Dienst der Beklagten am 13. März 2015 fest, dass Leistungen zur medizinischen Rehabilitation erforderlich seien.Â

Mit Schreiben vom 13. MĤrz 2015 bot die Beklagte der KlĤgerin medizinische Leistungen an. Mit diesen erklĤrte sich die KlĤgerin am 18. MĤrz 2015, bei der Beklagten eingegangen am 23. MĤrz 2015, einverstanden. Diese ErklĤrung gab die Klägerin auf dem â∏Antrag auf Leistungen zur Teilhabe für Versicherte â∏ Rehabilitationsantragâ∏ ab. Unter Punkt 3 wird abgefragt: â∏∏Derzeitige Stellung im Beruf/Erwerbsleben (bei Arbeitslosigkeit/ArbeitsunfĤhigkeit geben Sie bitte die letzte berufliche Stellung davor an)â∏. Die Klägerin kreuzte hier â∏nicht erwerbstätig (zum Beispiel Hausfrau/Hausmann/Rentner)â∏∏ an. Die Frage 4 â∏Arbeit vor Antragstellung oder vor aktueller Arbeitsunfähigkeitâ∏∏ beantwortete sie mit â∏arbeitslos gemeldetâ∏. Die Beklagte leitete am 26. März 2015 den Antrag intern weiter mit der Bitte, die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation unverzüglich durchzuführen. Im Rentenkonto der Klägerin waren am 1. April 2015 Pflichtversicherungszeiten bis zum 31. Dezember 2014 erfasst. Zuletzt waren vom 19. April 2014 bis 31. Dezember 2014 Entgeltersatzleistungen wegen Arbeitslosigkeit gemeldet. Nach interner Weiterleitung der medizinischen Unterlagen am 15. April 2015 bewilligte die Beklagte mit Bescheid vom 27. April 2015 stationÃxre Leistungen zur medizinischen Rehabilitation für fünf Wochen. Nach ̸bersendung der entsprechenden Unterlagen an die Klinik führte die Klägerin vom 3. Juni bis 8. Juli 2015 in der Gelderland-Klinik Geldern, Fachklinik für Psychotherapie und Psychosomatik, die MaÃ∏nahme durch. Von dort wurde sie als arbeitsfĤhig für den allgemeinen Arbeitsmarkt entlassen. In den letzten zwĶlf Monaten vor der Aufnahme habe keine ArbeitsunfĤhigkeit bestanden.

Bereits am 20. Mai 2015 beantragte sie ̸bergangsgeld bei der Beklagten. Mit Bescheid vom 30. Juli 2015 lehnte die Beklagte den Antrag ab, da die Klägerin für die Dauer der bewilligten Leistungen zur Rehabilitation keinen Anspruch auf

 \tilde{A}_{p} bergangsgeld habe. Sie habe f \tilde{A}_{r} r den Bemessungszeitraum keine Beitr \tilde{A}_{r} ge zur Rentenversicherung entrichtet. Zudem habe sie bis unmittelbar vor Beginn der Arbeitsunf \tilde{A}_{r} higkeit oder der Leistung zur Rehabilitation keine der im Gesetz aufgef \tilde{A}_{r} hrten Sozialleistungen bezogen.

Dagegen legte die Klä¤gerin am 28. August 2015 Widerspruch ein, mit dem sie um Stellungnahme bat, warum die Bewilligung der Reha nicht bis zum Ende des Anspruchs auf Arbeitslosengeld, d.h. zum 18. April 2015 habe erfolgen kä¶nnen. Mit Widerspruchsbescheid vom 8. Februar 2016 wies die Beklagte den Widerspruch zurĽck. Die Beklagte fä¼hrte aus, dass ļber den Rehabilitationsantrag innerhalb von drei Wochen eine Entscheidung getroffen werden mä¼sse. Diese Frist sei nur geringfä¼gig ļberschritten worden. Der Reha-Antrag sei am 23. Mä¤rz 2015 eingegangen und der Bewilligungsbescheid am 27. April 2015 ergangen. Diese Fristä¼berschreitung habe ohnehin keine rechtlichen Auswirkungen, da die Rehabilitationskliniken Wartezeiten von mehreren Wochen hä¤tten. Die Beklagte sei nicht verpflichtet, einen Aufnahmeantrag noch wä¤hrend des Anspruchs auf Arbeitslosengeld zu organisieren.

Am 17. Februar 2016 hat die KlĤgerin Klage zum Sozialgericht Darmstadt erhoben. Sie hat geltend gemacht, dass es nicht zu ihren Lasten gehen kĶnne, wenn die Beklagte durch ihr Verhalten eine Lýcke kreiere, die dazu führe, dass sie kein Ä∏bergangsgeld erhalten kĶnne. Ihr sei es aufgrund des Verhaltens der Beklagten unmĶglich gewesen, zeitnah die medizinische Rehabilitation anzutreten. Sie habe nach dem 13. MĤrz 2015 die Beklagte mehrfach darauf hingewiesen, dass ihr Arbeitslosengeldbezug zum 18. April 2015 ende. Selbst nach Bewilligung der Rehabilitation am 27. April 2015 habe sich die Aufnahme in die Klinik verzĶgert, weil die Beklagte die Zusendung von Unterlagen an den Leistungserbringer (Gelderland-Klink) nicht unverzÃ⅓glich veranlasst habe. Erst nach mehreren Anrufen ihrerseits bei der Beklagten seien die erforderlichen Unterlagen der Gelderland-Klinik zugeschickt worden.Â

abgewiesen. Zur Begründung hat das Sozialgericht ausgeführt, dass die zulÄxssige Klage nicht begrļndet sei. Die KlÄxgerin sei durch den Bescheid vom 30. Juli 2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 8. Februar 2016 nicht beschwert im Sinne des <u>§ 54 Abs. 2</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG). Der Bescheid sei rechtmäÃ∏ig. Die Beklagte habe es zu Recht abgelehnt, der Klägerin für die Zeit der Teilnahme an der stationÄxren medizinischen Rehabilitation vom 3. Juni bis 8. Juli 2015 Ã\dagged bergangsgeld zu zahlen. Voraussetzung fÃ\dagged reinen Anspruch auf ̸bergangsgeld sei u.a., dass unmittelbar vor Beginn der Leistung zur medizinischen Rehabilitation Arbeitslosengeld gezahlt worden sei. Zwar sei es für die Unmittelbarkeit nicht erforderlich, dass ein nahtloser ̸bergang erfolge. Ein Abstand von mehr als vier Wochen wahre jedoch nicht mehr den Anschluss an den Vorbezug (vgl. BSG, Urteil vom 18. Februar 1981, 1 RJ 74/79, juris; Haack in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VI, 2. Aufl., § 20 SGB VI (Stand: 22.01.2019) Rn. 11). Bei der KlAxgerin lAxgen zwischen dem Ende des Arbeitslosengeldbezugs am 18. April 2015 und dem Beginn der medizinischen Rehabilitation am 3. Juni 2015 mehr als vier Wochen, so dass deshalb ein Anspruch auf Ã\(\)bergangsgeld ausscheide.

Auch im Wege des sog. sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs sei die Verpflichtung der Beklagten zur Zahlung von Ä bergangsgeld nicht mäßlich. Der Herstellungsanspruch komme nicht in Betracht, wenn lediglich ein Fehler der Sachbearbeitung in der Sache selbst vorliege, der nicht zu einem ungä 4 nstigen Verhalten des Versicherten gefä 4 hrt habe. Die Klägerin mache gerade einen solchen Fehler geltend, indem sie vortrage, die Bearbeitung ihres Antrags sei verzäßgert erfolgt. Selbst wenn man einen solchen Fehler annehmen wä 4 rde, hätte sich daraus aber kein ungä 4 nstiges Verhalten der Klägerin ergeben. Bereits deshalb scheide ein sozialrechtlicher Herstellungsanspruch aus. Ä

Die KlĤgerin hat gegen den ihren ProzessbevollmĤchtigten am 3. MĤrz 2021 zugestellten Gerichtsbescheid am 3. MĤrz 2021 Berufung bei dem Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt eingelegt.

Sie ist der Ansicht, dass der Unmittelbarkeitszusammenhang gewahrt sei. Die Lýcke zwischen dem Ende des Arbeitslosengeldbezuges und dem Antritt der RehamaÃ∏nahme sei durch die schleppende Bearbeitung der Beklagten entstanden. Es könne nicht sein, dass eine Ã∏berschreitung der Entscheidungsfrist von 14 Tagen bei der Beklagten unerheblich, eine Ã∏berschreitung einer nicht genau bestimmten Frist bei der Klägerin, obwohl sie diese nicht habe beeinflussen können, anspruchsvernichtend sei.

Die KlĤgerin beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Darmstadt vom 2. März 2021 sowie den Bescheid vom 30. Juli 2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 8. Februar 2016 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr im Zeitraum vom 3. Juni bis 8. Juli 2015 Ã□bergangsgeld in gesetzlichem Umfang zu gewähren.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurĽckzuweisen.

Sie verweist zur Berufungserwiderung auf die erstinstanzliche Entscheidung und erachtet diese als zutreffend. Zudem verweist sie darauf, dass sie keinen Einfluss auf die Wartezeiten in den Reha-Kliniken habe, so dass sie keinen Einfluss darauf nehmen k \tilde{A} nne, ob eine Unmittelbarkeit noch gegeben sei oder nicht. Die regelm \tilde{A} \cong \tilde{A} 0 auftretenden Wartezeiten in den Rehabilitationseinrichtungen \tilde{A} 4 ber die Monate im Fr \tilde{A} 4 hjahr und Sommer entst \tilde{A} 4 nden durch die steigenden Antragszahlen und damit steigenden Bewilligungen.

Zum weiteren Sach- und Streitstand wird im Ã□brigen auf die Gerichtsakte und die Verwaltungsakte der Beklagten verwiesen, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen sind.

Â Entscheidungsgründe

Die Berufung der Klägerin ist zulässig, insbesondere form- und fristgerecht eingelegt (§ 151 Sozialgerichtsgesetz â∏ SGG).

Die Berufung ist auch begründet. Der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Darmstadt vom 2. März 2021 konnte keinen Bestand haben. Der Bescheid vom 30. Juli 2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 8. Februar 2016 war aufzuheben, denn er ist rechtswidrig und verletzt die Klägerin in ihren Rechten, § 54 Abs. 2 Satz 1 SGG.Â

Die Klägerin hat einen Anspruch auf die Gewährung von Ã∏bergangsgeld im Zeitraum vom 3. Juni bis 8. Juli 2015.

Rechtsgrundlage fÃ $\frac{1}{4}$ r den Anspruch auf Ã $\frac{1}{2}$ bergangsgeld ist â $\frac{1}{2}$ nachdem die streitgegenstÃ $\frac{1}{4}$ ndliche Ma $\frac{1}{4}$ nahme zur medizinischen Rehabilitation von der Kl $\frac{1}{4}$ gerin im Jahr 2015 durchlaufen worden ist â $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}$ 5 Abs. 1 Nr. 3 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) in der Fassung bis 31. Dezember 2017 (inhaltsgleich mit dem ab 1. Januar 2018 geltenden $\frac{1}{4}$ 5 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX) i.V.m. $\frac{1}{4}$ 5 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI) (in der bis zum 29. Dezember 2016 $\frac{1}{4}$ 7 Altigen Fassung).

GemäÃ∏ § 45 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX leisten im Zusammenhang mit Leistungen zur medizinischen Rehabilitation die Träger der Rentenversicherung Ã∏bergangsgeld nach MaÃ∏gabe dieses Gesetzes und der §Â§ 20, 21 SGB VI. Nach § 20 Abs. 1 Nr. 3b SGB VI haben Versicherte Anspruch auf Ã∏bergangsgeld, die bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation unmittelbar vor Beginn der Leistungen Krankengeld, Verletztengeld, Versorgungskrankengeld, Ã∏bergangsgeld, Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II oder Mutterschaftsgeld bezogen haben und fù⁄₄r die von dem der Sozialleistung zugrunde liegenden Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen oder im Falle des Bezugs von Arbeitslosengeld II zuvor aus Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt worden sind.

Die KlĤgerin erfļllt diese Voraussetzungen. Sie hat vom 3. Juni bis 8. Juli 2015 an einer von der Beklagten bewilligten MaÄ nahme zur medizinischen Rehabilitation teilgenommen und unmittelbar vor Beginn dieser MaÄ nahme, nĤmlich vom 19. April 2014 bis zum 18. April 2015, Arbeitslosengeld bezogen. Von dem Arbeitsentgelt, welches dem Arbeitslosengeld zugrunde lag, wurden auch BeitrĤge zur Rentenversicherung bezahlt.

Der Bezug von Arbeitslosengeld bis zum 18. April 2015, also sechseinhalb Wochen vor Antritt der MaÃ□nahme zur medizinischen Rehabilitation in der ausgewählten Klinik, genügt den Anforderungen der â□□Unmittelbarkeitâ□□ im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 3b SGB VI.

Das Gesetz benennt zur Bestimmung des Unmittelbarkeitszusammenhangs keinen ausdrücklichen zeitlichen Rahmen. Eine feste zeitliche Grenze lässt sich nach Ansicht des Senats nicht ziehen. Der vom Gesetzgeber gewählte unbestimmte Rechtsbegriff kann nicht durch ein bestimmtes Tatbestandsmerkmal ersetzt werden (siehe hierzu BSG, Urteil vom 7. September 2010, <u>B 5 R 104/08 R</u>, SozR 4-3250 § 49 Nr. 1).

Die Verwendung des Ausdrucks â∏unmittelbarâ∏ erfordert nach der ständigen Rechtsprechung des BSG keinen nahtlosen ̸bergang (Urteil vom 12. April 2017, B 13 R 14/16 R, SozR 4-4200 § 25 Nr. 2; Urteil vom 7. September 2010, <u>B 5 R 104/08</u> R, SozR 4-3250 § 49 Nr. 1; Urteil vom 29. Januar 2008, B 5a/5R 26/07 R, SozR 4-3250 § 51 Nr. 1; Urteil vom 5. Februar 2009, B 13 R 27/08 R, SozR 4-3250 § 28 Nr. 3). Dem Begriff â∏unmittelbarâ∏ ist nach seiner Bedeutung im allgemeinen Sprachgebrauch keine starre zeitliche Grenze, auch nicht im Sinne einer bestimmten â∏∏Höchstdauerâ∏, zu entnehmen. Als Antonym von â∏mittelbarâ∏ beschreibt dieses Adjektiv nicht nur einen rein zeitlichen, sondern ebenso einen sachlichen Zusammenhang. In diesem Sinne als â∏unmittelbarâ∏∏ wird auch ein Zusammenhang zwischen zwei UmstĤnden bezeichnet, der sachlich durch nichts Anderes, Drittes vermittelt sein darf (Jüttner in: Hauck/Noftz, SGB, 02/16, § 20 SGB VI, Rn. 30). Gegen ein Verständnis allein als bestimmte HĶchstdauer oder als eine Frist spricht zudem, dass solche konkreten Zeitspannen sehr einfach zu bestimmen sind durch Angabe genauer Wochen- oder MonatszeitrĤume. Schon aus Gründen der Rechtssicherheit regelt der Gesetzgeber konkrete Zeitgrenzen stets in dieser Weise (BSG, Urteil vom 23. Februar 2017, B 11 AL 3/16 R, BSGE 122, 279-286).

Ist danach der unbestimmte Rechtsbegriff â∏unmittelbarâ∏ auch als Beschreibung eines sachlichen Zusammenhangs zwischen zwei UmstĤnden anzusehen, hat seine Auslegung vor allem Systematik sowie Sinn und Zweck der Gesamtregelung zu berücksichtigen, weil dadurch der geforderte sachliche Zusammenhang mitbestimmt wird (siehe hierzu auch BSG, Urteil vom 26. Juni 2007, B 2 U 23/06 R, SozR 4-2700 § 45 Nr. 1). Ob ein enger zeitlicher Zusammenhang, ein Anschluss, gegeben ist, kann nur einzelfallbezogen unter Berücksichtigung von Sinn und Zweck der Norm bestimmt werden. Die Zweckbestimmung des ̸bergangsgeldes nach § 20 SGB VI liegt darin, während einer Rehabilitationsmaà nahme die Entgelt- und Einkommensverhà zltnisse aufrechtzuerhalten, die dem bisherigen Lebensstandard des Versicherten zugrunde liegen (â∏Kontinuitätsauftragâ∏). Es soll den Entgelt- und Einkommensverlust â∏ sei es den Ausfall von Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen oder einer der in dieser Norm benannten Sozialleistungen â∏∏ ausgleichen (â∏∏Entgelt- bzw. Ausgleichsfunktionâ∏), dem ein in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherter durch die Inanspruchnahme von Rehabilitationsleistungen ausgesetzt ist (vgl. BSG, Urteil vom 12. April 2017, B 13 R 14/16 R, SozR 4-4200 § 25 Nr. 2 m.w.N).Â

Allerdings kann die Gewährleistung von Kontinuität im Sinne einer Fortgeltung der Bemessungsgrundlage einer frÃ⅓her bezogenen Leistung im Blick auf die regelmäÃ∏ig vorzunehmende Bemessung des Ã∏bergangsgeldes auf der Grundlage des der konkreten MaÃ∏nahme zur Teilhabe vorangehenden Bemessungszeitraums nach den §Â§ 46, 47 SGB IX nur dann in Betracht kommen, wenn sich nicht zwischenzeitlich eine andere Leistungsgrundlage gebildet hat oder hätte bilden können, weil sonst eine von Zufälligkeiten freie und den Lebensstandard des Versicherten ausreichend widerspiegelnde Bemessung des Ã∏bergangsgeldes nicht gewährleistet wäre (vgl. BSG, Urteil vom 7. September 2010, <u>B 5 R 104/08 R</u>, SozR 4-3250 § 49 Nr. 1; Haack in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-

SGB VI, 3. Aufl., § 20 SGB VI (Stand: 25.04.2023), Rn. 18). Das BSG hat zur früheren Regelung des § 1241b Reichsversicherungsordnung (RVO) und in jüngerer Rechtsprechung zu <u>§ 49 Halbs. 1 SGB IX</u> a.F. entschieden, dass ein die Bildung einer anderen Lebensgrundlage im Sinne der genannten Vorschriften ausschlie̸ender â∏∏Anschlussâ∏∏ in der Regel dann gegeben sei, wenn der zeitliche Abstand zwischen dem Ende des früheren Leistungsbezuges und dem Beginn der Ma̸nahme zur Teilhabe weniger als vier Wochen betrage (vgl. BSG, Urteil vom 18. Februar 1981, 1 RI 74/79, BSGE 51, 193-198; Urteil vom 21. Juni 1983, 4 RJ 39/82, SozR 2200 § 1240 Nr. 11; Urteil vom 7. September 2010, B 5 R 104/08 R, SozR 4-3250 § 49 Nr. 1). Unmittelbarkeit ist noch gegeben, wenn keine wesentlichen TatbestĤnde dazwischenliegen (Jļttner in: Hauck/Noftz SGB VI, §â∏20 Anspruch, Rn. 30). Das Wesentlichkeitserfordernis wird dabei sowohl durch ein zeitliches als auch ein qualitatives Moment bestimmt. In zeitlicher Hinsicht darf es sich nur um kurze Unterbrechungen handeln, wobei durchaus Rückschlüsse aus der Dauer der vorhergehenden beitragspflichtigen TÄxtigkeit gezogen werden können. Dauerte diese etwa mehrere Jahre an, kann die Lþcke gröÃ∏er sein als bei kürzeren Vorzeiten, da sie dann als nicht wesentlich erscheint (vgl. auch BSG, Urteil vom 23. Februar 2017, B 11 AL 3/16 R, BSGE 122, 279).Â

Im vorliegenden Fall betrĤgt der Zeitraum zwischen dem Bezug von Arbeitslosengeld und dem Beginn der MaÄnahme zur medizinischen Rehabilitation sechseinhalb Wochen und liegt damit über einem Monat. Der Zeitraum zwischen Ende des Bezuges von Arbeitslosengeld und Bewilligung der RehabilitationsmaÄ nahme betrÄ zgt dagegen neun Tage. Beantragt hatte die Klägerin die Gewährung von Teilhabeleistungen, die bei Vorliegen von Arbeitslosigkeit und die ErwerbsfÄxhigkeit beeintrÄxchtigenden Erkrankungen ihrer Erwerbsintegration dienen sollten, schon im Jahr 2014, mithin lange vor dem Ende des Bezuges von Arbeitslosengeld. Angeboten hatte die Beklagte der KlAzgerin die Gewährung einer solchen MaÃ∏nahme schon im März 2015, ebenfalls vor dem Ende des Bezuges von Arbeitslosengeld. Eine andere wirtschaftliche Lebensgrundlage hat sich fýr die Klägerin nach dem Ende des Arbeitslosengeldes bis zu dem Beginn der Rehabilitationsma̸nahme nicht gebildet. Dies war auch nicht zu warten, weil bereits im MAxrz 2015 zwischen den Beteiligten klar war, dass die KlĤgerin zunĤchst eine medizinische Rehabilitation durchlaufen soll, bevor Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben durchgefA¼hrt werden können, und die Klägerin mit dem zeitnahen Beginn der MaÃ∏nahme rechnen konnte. Der konkrete Zeitpunkt wurde dabei von der Beklagten bzw. Klinik vorgegeben und war von der KlĤgerin nicht zu beeinflussen. Unter Berücksichtigung der oben bereits dargelegten Zweckbestimmung des ̸bergangsgeldes nach <u>§ 20 SGB VI</u>, die Entgelt- und Einkommensverhältnisse aufrechtzuerhalten, die den bisherigen Lebensstandard des Versicherten prÄxgten (â∏Kontinuitätsauftragâ∏∏), ist deshalb im vorliegenden Fall der zeitliche Abstand zwischen dem Ende des Bezugs von Arbeitslosengeld und dem Beginn der MaÃ⊓nahme zur medizinischen Rehabilitation gewahrt. Nach Ansicht des Senats muss im vorliegenden Fall ohnehin auf den Zeitpunkt der Bewilligung der Rehabilitationsma̸nahme abgestellt werden, denn es kann für das Entfallen eines Anspruchs auf Ã\(\text{Dergangsgeld nicht auf ein von der Kl\tilde{A}\(\text{\text{gerin nicht zu}}\) beeinflussendes, letztlich rein zufĤlliges Ereignis â∏ zur Verfügungstellung

eines Klinikplatzes â∏ abgestellt werden. Die Klägerin hat es nicht in der Hand, ob ihr nach Bewilligung der Rehabilitationsma̸nahme binnen weniger Tagen oder binnen sechs Wochen ein Platz in einer Rehaklinik angeboten wird. Wenn es auf diesen tatsÃxchlichen Geschehensablauf ankommen sollte, dann hÃxtte es an der Beklagten gelegen, der KlĤgerin einen solchen Platz unverzüglich zu beschaffen. Die Beklagte treffen gemĤÄ∏ <u>§Á§ 13</u> ff. Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I) AufklĤrungs-, Beratungs- und Auskunftspflichten. Die Beklagte wusste, dass sich die KlĤgerin im Bezug von Arbeitslosengeld befand. Der gesamte interne Prozess dauerte bei der Beklagten von September 2014 bis Juni 2015, was im Hinblick auf die Intention der Verfahrensregelungen der <u>§Â§ 14</u> ff. SGB IX deutlich zu lange ist und der KlĤgerin nicht zum Nachteil gereichen kann. Ebenfalls kann fļr das Bestehen eines Ã\(\text{Dergangsgeldanspruchs}\) auch keine saisonale Auslastung der Reha-Kliniken maà geblich sein. Nach Ansicht des Senats zeigt die engagiert geführte Diskussion in den Schriftsätzen der Beteiligten, dass es rechtlich für den Unmittelbarkeitszusammenhang nicht auf einzelne Tage der Bearbeitungs- oder Belegungswartedauer der Beklagten bzw. der Reha-Klinik ankommen kann. Ma̸geblich ist, ob das Ã∏bergangsgeld für die Klägerin im Anschluss an das Arbeitslosengeld während der RehabilitationsmaÃ∏nahme eine Lohnersatzfunktion haben sollte bzw. gehabt hÃxtte. Dies ist vorliegend gegeben. Bei der KlÃxgerin waren aufgrund gesundheitlicher EinschrĤnkungen Defizite bei der Partizipation am Arbeitsleben eingetreten, weshalb sie Teilhabeleistungen benĶtigte, um wieder in das Erwerbsleben integriert zu werden. Deshalb hatte sie sich nach dem Ende des Bezuges von Arbeitslosengeld noch keine neue (wirtschaftliche) Lebensgrundlage geschaffen, sondern war auf die Lohnersatzleistung ̸bergangsgeld zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes angewiesen.

Letztlich wurden für die Klägerin von dem dem Arbeitslosengeld zugrundeliegenden Arbeitsentgelt zuvor Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt.

Die Kostenentscheidung beruht auf $\frac{\hat{A}\S 193 \ SGG}{\hat{A}\S 193 \ SGG}$. Gr $\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Erstellt am: 20.07.2023

Zuletzt verändert am: 22.12.2024